

DIE OPPOSITION IN TAIWAN

Yu-Hsi Nieh

Vier Monate nach der Ankündigung der Kursänderung der amerikanischen Chinapolitik durch Präsident Carter scheint der Schock in Taiwan äußerlich überwunden zu sein. Das antiamerikanische Ressentiment in der Öffentlichkeit ist kaum mehr zu spüren. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind inzwischen bereits auf einer halbamtlichen Ebene der "Volksdiplomatie" wieder etabliert (1). Abgesehen von der Umbesetzung im Amt des Außenministers hat der Carter-Schock - wie einst der Nixon-Schock - die Guomindang (Kuomintang)-Regierung nicht veranlaßt, die seit dreißig Jahren verfolgte Außenpolitik zu revidieren. Wirtschaftlich halten die Investitionen aus dem Ausland und der Exportboom von der Insel weiter an. Allerdings ist der Dollarkurs auf dem Schwarzen Markt steil gestiegen. Dazu herrschen in der Innenpolitik große Spannungen.

Unmittelbar nach Carters Erklärung über den Abbruch der offiziellen Beziehungen zu Taiwan im Zusammenhang mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der VR China hat die Regierung in Taipei am 16. Dezember des vorigen Jahres die Kontrolle nach dem Notstandsgesetz verschärft (2). Eine der Maßnahmen war die Verschiebung der ursprünglich für den 23. Dezember 1978 vorgesehenen Teilwahlen des Parlaments. Sämtliche Wahlkämpfe mußten sofort eingestellt werden, und ein neuer Wahltermin wurde bislang nicht genannt. Die parteilosen Politiker, die 1977 bei den Provinzparlaments- und Kommunalwahlen gut abgeschnitten hatten (3) und diesmal bei den Wahlen zur Ergänzung der Nationalversammlung, des Legislativ-Yuan und des Kontroll-Yuan, auch einen großen Sieg erwarteten, beklagen sich, daß die Regierung den Carter-Schock als Vorwand für die Unterdrückung der Opposition benutzen wolle. Dieser Eindruck wurde kürzlich noch mehr verstärkt, nachdem ein bekannter Regierungskritiker, Yu Dengfa (76), und dessen Sohn, Yu Ruiyan (53), von den Sicherheitsbehörden festgenommen worden waren.

I. Yu Dengfa und seine Verhaftung

Der 76jährige Yu Dengfa, der als eiserner Widersacher der Guomindang bekannt ist, hat eine legendäre politische Karriere hinter sich (4). Unter der japanischen Besatzung sammelte er als Beigeordneter Unterschriften gegen einen japanischen Gemeindevor-

steher wegen dessen Diskriminierung der taiwanesischen Bevölkerung und wurde dafür später in ein Arbeitslager gesteckt. Nach der japanischen Kapitulation und der Rückgabe Taiwans an China war er zunächst Beigeordneter und Bezirksleiter; 1937 wurde er zum Gemeindevorsteher und Mitglied der Nationalversammlung gewählt. Außerdem hat er dreimal für das Amt des Kreisleiters von Gaoxiong (Kaohsiung) kandidiert und schließlich im Jahre 1960 die Wahl gewonnen. In dieser Stellung hat er damals die Finanzierung der zur Guomindang gehörenden "Dienststation für die Bevölkerung" (Minzhong Fuwuzhan) aus dem Haushalt des Kreises gestrichen und den Vorsitzenden des Kreisamts der Guomindang in einem Brief gerügt, daß dieser Beamte der Kreisverwaltung während der Arbeitszeit zur Teilnahme an einer Parteisitzung aufgefordert hatte. Sieben Monate vor Ablauf seiner Amtsperiode wurde Yu aus seinem Amt entlassen, als er wegen der Genehmigung des Antrags eines Freundes, ein Stück Land aus öffentlichem Besitz zu pachten, vom Gericht zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Der Antrag war ursprünglich noch vor seinem Amtsantritt gestellt und von seinem Vorgänger nicht bearbeitet worden. Daher fühlte Yu sich unschuldig und hielt den ganzen Prozeß für politisch beeinflusst. Er weigerte sich zunächst, das Amt aufzugeben. Nachdem die Strafe auch vom höchsten Gericht bestätigt worden war, floh er mehrere Monate lang vor der Vollstreckung. Infolge zweimaliger allgemeiner Begnadigung mußte er nach seiner Verhaftung nur noch ein halbes Jahr im Gefängnis verbringen.

Das Ansehen Yus unter den Wählern in seinem Heimatkreis Gaoxiang hat unter der Strafe kaum gelitten, sondern eher noch zugenommen. Unter seiner Regie wurde seine Schwiegertochter seit 1963 ununterbrochen mehrmals als Abgeordnete ins Provinzparlament von Taiwan gewählt. 1977 hat er die Wahl seines Schwiegersohns, der eigentlich Elektroingenieur von Beruf war, zum Kreisleiter von Gaoxiang durchgesetzt. Im letzten Jahr beauftragte er seine Tochter, die Frau des Kreisleiters, an den Ergänzungswahlen für den Legislativ-Yuan teilzunehmen. Yu benutzte in den Wahlkämpfen gern die Parole "Guomindang Kouxing" (Widerstern der Guomindang). Bislang hat die Mannschaft der Familie Yu - einschließlich der verschobenen Wahlen im letzten Dezember - 22mal gegen die Guomindang kandidiert, davon 13mal mit, achtmal ohne Erfolg.

Nach seinen eigenen Erzählungen stammt Yu aus einer nicht sehr reichen Bauernfamilie, die später

(Fortsetzung von Seite 482)

5) Peking Homeservice, 23.4.79, zit. nach SWB, 30.4.79.

6) XNA, 25.3.79.

7) Vergl. RMRB, 24.3.79.

8) XNA, 17.4.79.

durch Mißernten und die Ausbildungskosten für die Kinder noch ganz verarmte. Yu selbst hat eine Handelsschule besucht und die Prüfung zum Notar bestanden. In seiner Jugendzeit hatte er einen starken Hang zu Geldspielen und Wertpapierspekulationen, die jedoch meistens mißglückten. Das große Glück kam aber schließlich bei der Bodenspekulation. Im Zweiten Weltkrieg schickte Japan die meisten Jugendlichen in Taiwan an die Front, so daß viele Felder wegen des Mangels an Arbeitskräften nicht bebaut werden konnten. Mit langfristigen Krediten kaufte Yu kurz vor Ende des Krieges etliche Hektar Land günstig und wurde nach dem Krieg Großgrundbesitzer und Millionär. Trotz seines Reichtums lebt er sehr einfach. In seiner Wohnung gibt es kaum moderne Einrichtungsstücke. Vor seiner erneuten Verhaftung arbeitete Yu selbst an den Fischteichen, fuhr mit dem Bus, aß auf Reisen häufig an Garküchen an der Straße und übernachtete in billigen Hotels. Doch für wohltätige Zwecke und die Unterstützung eigener Kandidaten gegen die Guomindang-Kandidaten bei den Wahlen hat er ohne Zögern einen Hektar Land nach dem andern verkauft. Ursprünglich hatte Yu 1947/48 der Regierungspartei beitreten wollen, doch nachdem er 1948 in Nanking den innerparteilichen Kampf zwischen Sun Ke und Li Zongren während der Wahl des stellvertretenden Staatspräsidenten in der Nationalversammlung aus eigener Anschauung miterlebt hatte, verzichtete er auf seinen Beitrittsantrag (5) (unumstrittener Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten war damals Chiang Kaishek).

Yu, der leidenschaftlich für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit kämpft, verhält sich jedoch in der Familie wie in seinem politischen Kreis sehr patriarchalisch. Er hat in der Vergangenheit seine Kinder praktisch gezwungen, an den Wahlen teilzunehmen, obwohl diese eigentlich unpolitisch sind. Besonders der Sohn, Yu Ruiyan, der wegen seiner übermäßigen Dickheit gern faulenz und mehrmals bei den Wahlen zum Abgeordneten bzw. Kreisleiter durchgefallen war, hat große Angst vor seinem Vater. Gegenüber anderen Regierungskritikern ist der Vater Yu zwar aufgeschlossen und stets hilfsbereit, doch zeigt er sich kompromißlos in Prinzipienfragen. Während die meisten Dissidenten in Taiwan eine heimliche Sympathie für die Unabhängigkeit Taiwans hegen, hat er z. B. die Einheit Chinas betont. Er hält die Unabhängigkeitsbewegung für hoffnungslos, weil sie seiner Meinung nach keine internationale Anerkennung gewinnen kann. Außerdem betrachtet er sie als Verrat an den eigenen Vorfahren (6).

Zu der Frage, unter welchen Bedingungen die Vereinigung zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland wiederhergestellt werden soll, hat sich Yu nicht geäußert. Im Grunde steht er mit seinem Wunsch nach Wiedervereinigung kaum im Widerspruch zur Guomindang-Regierung, die ebenfalls die chinesische Zugehörigkeit Taiwans mit allem Nachdruck unterstreicht und die Separatisten schlechthin als nationale und politische Rebellen verurteilt. Allerdings spricht die Regierung nur von einer Rückeroberung des chinesischen Festlands. Verhandlungen oder Bevölkerungskontakte, einschließlich menschlicher Erleichterungen wie Familienzusammenführung, Post- und Verkehrsverbindungen sowie Handel mit dem Festland, wie Peking sie kürzlich wiederholt angeboten hat, sind bislang von Taipei kategorisch abgelehnt worden (7). Da Peking seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den USA in seiner Taiwanpolitik statt "Befreiung" den Ausdruck "Vereini-

gung" (Tongyi) verwendet, reagiert die Taipeier Regierung auf dieses Wort auch dann bereits empfindlich, wenn es aus einem anderen Mund kommt. So vermutet man, daß es in erster Linie die oben erwähnte Äußerung Yu Dengfas war, die zu seiner Verhaftung geführt hat. Das Interview mit ihm, das vor einem Jahr (19. Februar 1978) stattfand, ist mit Gesprächen anderer Politiker, die nicht der Guomindang angehören, in einem Buch unter dem Titel "Dang-wai de Shengyin" (Stimmen außerhalb der Partei) veröffentlicht worden, das inzwischen in Taiwan verboten wurde. Der Autor selbst ist auch Dissident.

Am 16. April wurde Yu Dengfa vom Militärgericht des Garnisonshauptquartiers der Provinz Taiwan zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe wurde hauptsächlich dafür verhängt, daß Yu eine Meldung der japanischen Zeitung "Asahi Shimbun" (27. Dezember 1978) hatte vervielfältigen lassen, in der es um die Reden von Ye Jianying (des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China) und Huang Hua (des Außenministers der VR China) vom 26. Dezember 1978 vor dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses in Peking über die neue Friedens- und Vereinigungspolitik gegenüber Taiwan ging. In diesem Zusammenhang hat Yu laut Urteil in seiner Wohnung vier Bekannten Kopien dieser Meldung weitergegeben oder gezeigt bzw. den Inhalt auf chinesisch interpretiert. Damit hat er sich der Straftat, mit Reden für die "Rebellen" Propaganda gemacht zu haben, schuldig gemacht. Dagegen behauptete Yu, er habe die Kopien nur für sich selbst zum Nachschlagen angefertigt. Die Weitergabe des Materials hat er nicht zugegeben. Die Kronzeugen, die die Kopien des "Asahi Shimbun" von Yu erhalten haben sollen, haben nur bei der Untersuchung vereidigte Aussagen gemacht. Zur Hauptverhandlung des Gerichts wurden sie nicht geladen. Der Bitte Yus und seiner Verteidiger um eine Gegenüberstellung mit den Zeugen, die wie er sagt - einen politischen Haß auf ihn haben, wurde vom Gericht nicht stattgegeben (8).

Ferner hat das Militärgericht Yu Dengfa sowie dessen Sohn im selben Urteil für schuldig erklärt, daß sie gewußt hätten, daß ein Mann namens Wu Chunfa (alias Wu Taian) zu den Rebellen gehört habe, ohne ihn anzuzeigen. Der Sohn Yu erhielt eine zweijährige Freiheitsstrafe mit zwei Jahren Bewährung. Wu selbst wurde am gleichen Tag zum Tode und zwölf seiner Komplizen zu Freiheitsstrafen zwischen acht und fünfzehn Jahren verurteilt.

Nach den Schilderungen des Militärgerichts-urteils über Wus Straftaten war dieser 1976 aus Taiwan ins Ausland geflohen, um einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren wegen Betruges zu entgehen. Im Februar 1978 habe er ein Revolutionskomitee der "Freien Republik Taiwan" in Tokio gegründet und sich selbst zum Vorsitzenden ernannt. Zwei Monate später sei er mit seiner Freundin von Ryukyu aus mit einem Kutter heimlich nach Taiwan gefahren. Er habe zunächst bei einem Freund in Osttaiwan gewohnt und einige Mitläufer gefunden. Ein Aufstand in der Hafenstadt Gaoxiong (Kaohsiung) in Südtaiwan sei für den 28. September 1978 geplant gewesen. Am 25. und 27. habe Wu dreimal die Familie Yu besucht und um Beteiligung Yu Dengfas an dem Aufstand gebeten. Zweimal sei er infolge der Abwesenheit Yu Dengfas von dessen Sohn empfangen worden und habe bei dem letzten Mal den Vater Yu persönlich sehen können. Dieser habe Gewaltanwendung abgelehnt. Nach den

Aussagen der Yus vor Gericht haben sie Wu für einen Rowdy gehalten und ihn aus Angst vor Rache nicht bei den Sicherheitsbehörden gemeldet (9).

In der Tat war Wu vor seiner Flucht aus Taiwan bereits bei der Polizei als "Gauner erster Klasse" (Jiaji Liurang) registriert (10). Er hat nur die Grundschule durchlaufen und war vor seiner Verhaftung kaum bekannt. In seinem Geständnis gibt es einerseits viele Widersprüche, andererseits aber wenig politische Motive. Er erzählte, er habe in Tokio Kontakt mit der Botschaft der VR China aufgenommen. Ferner habe er Briefe an den Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Hua Guofeng geschrieben. Eine Antwort von Hua habe man ihm in der Botschaft gezeigt, aber wieder zurückgezogen. Ferner behauptete er, ein frommer Buddhist zu sein. Deshalb habe er sich nicht mehr an Pekings "Einheitsfront" (gegen Taiwan) beteiligen wollen, nachdem er von einem japanischen Diplomaten gehört habe, daß die Tempel auf dem chinesischen Festland zerstört worden seien und daß alle Mönche auch auf dem Land körperlich schwer arbeiten müßten. Darauf hätten Hua Guofeng und seine Leute ihn mit der Arbeit für die Unabhängigkeit Taiwans beauftragt. Vor dem Militärgericht wollte Wu seine Umsturzpläne wiederum mit privaten Rachegelüsten gegen die Polizei und das Gericht motivieren, weil sie vorher ihn Unschuldigen als Gauner registriert bzw. verurteilt hätten. Sein Umsturzplan scheint auch sehr naiv gewesen zu sein: An alle seine Komplizen hatte er Ernennungsurkunden mit hohen Titeln wie "Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionskomitees der Freien Republik Taiwan", "Oberbefehlshaber des Heeres", "Oberkommandeur" in verschiedenen Regionen Taiwans verteilt. Aber für die Umsturzaktion wurden lediglich 24 Uniformen, ein paar Abzeichen, eine Flagge und zahlreiche Flugblätter vorbereitet. Bei seinem ersten Besuch in der Familie Yu hat er, Wu, ganz einfach seine Visitenkarte mit dem Amtstitel "Vorsitzender des Revolutionskomitees der Freien Republik Taiwan" vorgezeigt und über seine Umsturzpläne gesprochen. Vor dem Militärgericht dagegen weinte er vor Reue jämmerlich. Während der öffentlichen Vernehmung stellte der Richter meistens den Tatbestand in seinen Fragen dar und der Beklagte Wu brauchte mit einem einfachen Ja oder einer kurzen Ergänzung zu antworten (11).

Mysteriös bleibt noch die Frage, wie Wu Chunfa als verurteilter Verbrecher 1976 mit seiner Freundin aus Taiwan fliehen, nach Singapur, Indonesien, Argentinien und Japan, fast um die halbe Welt, reisen und schließlich im vorigen Jahr wieder nach Taiwan zurückkehren konnte. Das Verfahren gegen den Kapitän, der mit seinem Kutter "Xiangfa 13" Wu und dessen Freundin gegen Zahlung nach Taiwan eingeschleust hat, wurde zwar im Urteil über Wu erwähnt, aber nicht - wie die Verfahren gegen Wus Komplizen - für die Öffentlichkeit bekanntgemacht. In einem Bericht der Hongkonger linksliberalen Zeitschrift "Qishi Niandai" (The Seventies) schreibt der Verfasser namens Jia Ming, daß er in seiner Eigenschaft als ausländischer Journalist bei der Abteilung für Einheitsfront (Tongzhan Bu) der KPCh und der chinesischen Botschaft in Tokio um eine Stellungnahme zu den Kontakten Wu Chunfas mit der Botschaft gebeten habe. Es wurde bestätigt, daß Wu tatsächlich einmal die Botschaft besucht habe. Er habe damals mit einem Taiwan-Paß die Genehmigung für eine Reise nach dem chinesischen Festland beantragen wollen. Er habe den Sekretär der Botschaft, der ihn empfan-

gen habe, gebeten, einen Brief an den chinesischen Parteivorsitzenden Hua Guofeng weiterzuleiten. Seine Bitte um eine Antwort von Hua sei höflich abgelehnt worden. Außerdem habe der Sekretär es abgelehnt, den Wunsch von Wu nach geldlicher Unterstützung des geplanten Untergrundkampfes in Taiwan zu erfüllen (12). In einer anderen in Deutschland und Österreich hektographisch erschienenen Zeitschrift "Xiang Xun" (Courier des Formosans) des Formosa-Vereins in Europa, der die Opposition in Taiwan engagiert unterstützt, berichtet ein Autor mit Namen Lin Minle, daß er bei sieben Bekannten Wu Chunfas in Tokio nach dessen Tätigkeit in Japan gefragt habe. Man habe ihm, dem Autor Lin, erzählt, daß Wu einen Taiwan-Paß besitze und die chinesische Botschaft besucht habe. Er habe außer an Hua Guofeng auch einen Brief an Präsident Carter geschrieben. Nachdem er keine Unterstützung von der chinesischen Botschaft erhalten habe, habe er wieder Kontakte mit den Guomindang-Leuten in Tokio aufgenommen. Ferner habe er anderen erzählt, daß er die Aufgabe seiner Revolution beabsichtige, da die Guomindang das ihm in Taiwan weggenommene Geld zurückgeben wolle. Er habe auch seine Rückreise nach Taiwan vorher bei anderen angekündigt (13).

Rechtsanwalt Yao Jiawen, der selbst auch als ein Regierungskritiker in Taiwan bekannt ist und den Sohn Yu bei der Hauptverhandlung des Militärgerichts verteidigt hat, hat ebenfalls in einem Bericht an die Organisation "Amnesty International" energisch bezweifelt, daß Wu Chunfa tatsächlich ein kommunistischer Agent sei. Er beklagte sich, daß er nicht die Untersuchungsakten von Wu und dessen Freundin einsehen könne, die seinen Mandanten in erster Linie belastet haben. Seine Befragung an sie als Kronzeugen sei häufig vom Richter verhindert bzw. eingeschränkt worden. Er habe z.B. schon nicht danach fragen dürfen, wann sie verhaftet und verklagt worden seien (14). Der Vater Yu hat sich für seine Verteidigung bei der Hauptverhandlung nur aus der vom Garnisonshauptquartier bestimmten Liste zwei Rechtsanwälte aussuchen dürfen. Diese haben - wie Yao - vor dem Militärgericht vergeblich beantragt, zwei Personen zur Befragung und Gegenüberstellung vorzuladen, die vor dem militärischen Staatsanwalt als Augenzeugen das Gespräch zwischen Yu Dengfa und Wu Chunfa vom 27. August 1978 in Yus Wohnung bezeugt hatten. Als Begründung erklärte das Garnisonshauptquartier, die Zeugen sollten das Recht behalten, sich die Anstrengungen der Reise zu ersparen (15). Ob diese Augenzeugen durch das gleiche Gespräch auch Wu Chunfa als Rebellen oder kommunistischen Agenten erkennen konnten oder sollten und ihn denunziert hatten, hat niemand gefragt. Sie sind jedenfalls nicht angeklagt.

II. Das Schicksal von Lei Zhen und die Entwicklung der parteilosen Opposition

Nach der Unterdrückung der Erhebung vom 28. Februar 1947 sind die meisten der führenden militanten Oppositionellen von Taiwan ums Leben gekommen, verhaftet oder von der Insel geflohen. Bis Mitte der sechziger Jahre galt Japan als Zentrum der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung. Nachdem Liao Wenyi 1965 sich der Guomindang-Regierung ergeben hatte und die von ihm geführte Organisation

der "Republik Taiwan" in Tokio aufgelöst worden war, verlagerten sich die revolutionären Aktivitäten der Taiwanesen allmählich von Japan nach Nordamerika. Über die USA und Kanada verstreut gibt es zahlreiche derartige Gruppen mit verschiedenen politischen Zielen von Bürgerrechtlern bis zu Anhängern der kommunistischen Bewegung. Am 28. April 1971 verübten zwei Radikale, Huang Wenxiong und Zheng Zichai, ein Attentat auf Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), als dieser - damals stellvertretender Ministerpräsident der Republik China - den USA einen offiziellen Besuch abstattete. Am 9. Okt. 1977, dem Vorabend des Nationalfeiertags in Taiwan, schickte ein anderes radikales Mitglied der Unabhängigkeitsbewegung aus den USA, Wang Xingnan, in Taipei mehrere Sprengkörper in Päckchen an führende Politiker in Taiwan und verletzte dadurch den damaligen Provinzgouverneur und jetzigen stellvertretenden Staatspräsidenten Xie Dongmin (Hsieh Tungmin) schwer an einer Hand und einem Auge (16).

Innerhalb der Insel beschränkt sich die Opposition überwiegend auf die demokratische Bewegung. Im Gegensatz zu der ausgezeichneten Wirtschaftsentwicklung stagniert die innenpolitische Situation in Taiwan seit dreißig Jahren mehr oder weniger. Zwar gibt es Wahlen, doch beschränken sie sich auf die lokale Ebene. Das Staatsparlament ist seit über dreißig Jahren unverändert geblieben, nur daß 1969 und 1972 einige Zusatz- bzw. Ergänzungsabgeordnete hinzugewählt wurden (17). Außer der Regierungspartei Guomindang sind zwar noch zwei Parteien, die Qingniandang (Chinesische Jugendpartei) und Minshe-dang (Chinesische Demokratisch-Sozialistische Partei), im Parlament vertreten, aber abgesehen davon, daß sie nur wenige Sitze haben, hängen sie sowohl finanziell als auch politisch von der Regierungspartei ab. Die Guomindang wurde 1923/24 mit Hilfe von sowjetischen Beratern in Guangzhou (Kanton) reorganisiert und hat heute immer noch ein ähnliches Gefüge wie die kommunistischen Parteien. Ihre Zellen erstrecken sich auf fast alle politischen und sozialen Bereiche, einschließlich der Armee und Justiz, obwohl diese nach der Verfassung der Republik China von 1947 überparteilich bleiben sollen. Überdies besteht seit 1949 in Taiwan ein unbefristetes Notstandsgesetz, das das alltägliche Leben der großen Mehrheit der einzelnen Menschen zwar wenig beeinflusst, doch die allgemeine politische Freiheit ziemlich eingeengt hat. Kraft dieses Gesetzes hat die Regierung bisher noch beliebig die Regierungskritiker unterdrückt. So führt die Opposition in Taiwan ein Leben wie Gräser am Fels, die nur in den Felsspalten wachsen können, im Frühjahr und Sommer mit ihrer grünen Farbe die kahle Landschaft schmücken, aber im Herbst und Winter wieder verwelken müssen.

Lei Zhen, der am 7. März dieses Jahres im Alter von 82 Jahren starb, war ein Pionier der friedlichen Bürgerrechts- oder Oppositionsbewegung. Er hatte ein ähnliches Schicksal wie Yu Dengfa, wenn auch die politische Karriere und der Charakter der beiden ganz verschieden waren. Lei stammte vom chinesischen Festland, studierte in Japan Jura und bekleidete 1928-1952 verschiedene hohe Posten in der Partei wie in der Regierung der Guomindang. Er war einerseits geruhsam, doch andererseits auch so aufgeschlossen und unbeugsam wie Yu Dengfa. Bis 1951 galt Lei noch als Chiang Kai-sheks Vertrauter. Da kam sein politisches Geschick an einen Wendepunkt, nachdem die von ihm geleitete Halbmonatsschrift "Ziyou Zhongguo" (Das freie China) immer mehr kritische Artikel

gegen die Guomindang, die Regierung und schließlich auch gegen Chiang Kai-shek persönlich veröffentlicht hatte. Er, Lei, verlor zunächst das Amt des politischen Beraters im Präsidientenhaus und wurde 1954 auch aus der Guomindang ausgeschlossen.

Der Herausgeber der genannten Zeitschrift war ursprünglich Hu Shi gewesen, der in den USA bei John Dewey studiert und zu der Aufklärung in China während der Bewegung des 4. Mai 1919 wesentlich beigetragen hatte. Unter Hus Einfluß hat sich Lei Zhen durch seine Zeitschrift für eine politische Reform in Taiwan nach dem Vorbild westlicher Demokratien eingesetzt. 1960 unternahm er - wieder unter der Anregung von Hu - den Versuch, eine neue oppositionelle Partei zu gründen. Kurz nach dem Beginn der Vorbereitungsarbeiten wurde er verhaftet und vom Militärgericht des taiwanesischen Garnisonshauptquartiers zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Drei Mitarbeiter der Zeitschrift "Das freie China" wurden beschuldigt, kommunistische Agenten bzw. Rebellen zu sein. Für die Einreise eines dieser Mitarbeiter, Liu Ziyang, hatte Lei gebürgt. Lei war laut Urteil von Liu selbst über dessen Eigenschaft als Agent der Kommunisten informiert worden, hatte diesen aber nicht angezeigt. Außerdem erklärte ihn das Militärgericht für schuldig, in seiner Zeitschrift Artikel zugunsten der Kommunisten verbreitet zu haben. In Wirklichkeit war Lei Zhen antikommunistisch. Bei den Kämpfen um Schanghai und Amoy zwischen den Kommunisten und den Guomindang-Truppen 1949 stand er freiwillig als Berater dem Oberbefehlshaber der Verteidigungskräfte, General Tang Enbo, bei. Infolge seiner Tapferkeit wurde er sogar von Chen Cheng, der damals für die südostchinesische Militärregion der Guomindang-Regierung verantwortlich war und später von Chiang Kai-shek zu dessen Stellvertreter befördert wurde, als Vorbild gepriesen (18). In seinen Memoiren, die erst kurz vor seinem Tod durch einen linksliberalen Verlag in Hongkong veröffentlicht wurden, hat er eine politische Überzeugung geäußert, die sich kaum geändert hatte. Ferner erzählt er darin, daß er während der zehn Jahre im Zuchthaus lange Memoiren von 4 Millionen Wortzeichen geschrieben habe. Zwei Monate vor seiner Freilassung sei ihm das Manuskript mit seinen in zehn Jahren entstandenen Tagebüchern und einem Teil der Korrespondenz und anderer Schriften von einem Zuchthauswärter gewaltsam weggenommen worden. Bei der Freilassung habe man ihn gezwungen, eine eidesstattliche Erklärung zu unterschreiben, daß er nach der Freilassung weder in Worten noch in Taten zuungunsten der Regierung handeln und keinen Kontakt mit regierungsfeindlichen Leuten aufnehmen werde. Auch nach seiner Freilassung sei er ständig vom Geheimdienst beobachtet worden (19).

Vier Jahre nach der Affäre Lei Zhen erfolgte 1964 die Verhaftung von Peng Mingmin. Dieser war damals als junger Professor für Völkerrecht an der Universität Taiwan tätig. Die Guomindang hatte offenbar ursprünglich die Absicht, ihn zu einem führenden einheimischen Politiker zu machen. Nachdem er an der UNO-Plenarsitzung 1962 als Berater der Regierungsdelegation teilgenommen hatte, wurde er eigens von Chiang Kai-shek persönlich empfangen. Doch machte sich Peng Gedanken über eine politische Umwälzung. Mit zwei seiner Studenten bereitete er eine Deklaration vor, in der die Aufgabe der Politik zur Rückeroberung des chinesischen Festlands, der Sturz des Chiang-Regimes und die Gründung einer

effektiven demokratischen Regierung gefordert wurden. Während der Vervielfältigung der Schrift wurden die drei verhaftet. Peng bekam eine Freiheitsstrafe von acht Jahren, doch hatte er das Glück, einige Monate später von Chiang Kai-shek begnadigt zu werden und 1969 aus Taiwan fliehen zu können (20).

Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre wurden zahlreiche politisch kritische Intellektuelle kraft des Notstandsgesetzes von den Militärbehörden in Arrest genommen und als Rebellen bzw. kommunistische Agenten zu langjährigen oder lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt. Unter ihnen waren die berühmten Schriftsteller und Kommentatoren Li Ao, Chen Yangzhen, Po Yang und Li Jingxun. 1976 erreichte die Welle der Verhaftung von Dissidenten einen Höhepunkt. Bai Yachan, Yen Mingsheng und Yang Jinhai, die im Wahlkampf für die Wahlen der zusätzlichen Abgeordneten des Legislativ-Yuan im Dezember 1975 die Guomintang scharf kritisiert hatten, wurden des Hochverrats für schuldig befunden und zu lebenslänglichen bzw. zwölfjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Außerdem erhielten sieben Geschäftsleute als angebliche kommunistische Agenten vom Militärgericht Freiheitsstrafen von sieben bis zwölf Jahren. Fünf von ihnen hatten bereits vorher aus politischen Gründen Jahre im Zuchthaus verbracht (21).

1977-1978 stand die Innenpolitik Taiwans stark unter dem Einfluß seiner Außenpolitik. Denn Präsident Carter hatte gleich nach seinem Amtsantritt Anfang 1977 erklärt, daß seine Regierung den Menschenrechten in der amerikanischen Außenpolitik Geltung verschaffen wolle. Um die Amerikaner möglichst davon abzuhalten, den Prozeß der Normalisierung ihrer Beziehungen zu Peking - und gleichzeitiger Unterbrechung ihrer Beziehungen zu Taiwan - zu beschleunigen, nahm die Guomintang-Regierung besondere Rücksicht auf die Menschenrechte. Daraufhin herrschte zwei Jahre lang ein politischer Frühling in Taiwan. Nicht nur durften zahlreiche sozialkritische Bücher und Zeitschriften herauskommen, sondern die nicht der Guomintang angehörenden Kandidaten konnten in den fünf Wahlen auf lokaler Ebene im November 1977, deren Fairness bisher ohne Beispiel blieb, einen Stimmenanteil von 20% erlangen (22). Außerdem erhielten einige prominente Dissidenten wie z.B. Guo Yuxin, ehemaliger Abgeordneter des Provinzparlaments, Frau Huang Yujao, Abgeordnete des Provinzparlaments, sowie die Schwester von Peng Mingmin von der Regierung die Ausreisegenehmigung. Während des Wahlkampfes für die oben bereits erwähnten geplanten Ergänzungswahlen zum Staatsparlament im Dezember des vorigen Jahres richteten die nicht der Guomintang angehörenden Kandidaten zum ersten Mal einen gemeinsamen Wahlstab ein und stellten ein gemeinsames politisches Programm auf. Noch zwei Tage nach Carters Ankündigung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan haben sie bei einem Treffen beschlossen, eine ständige Organisation der parteilosen Opposition zu gründen. Yu Dengfa, der ein weiteres Treffen der oppositionellen Politiker am 1. Februar 1979 vorbereiten sollte, wurde - wie einst Lei Zhen - kurz vor der Gründung einer formellen Opposition verhaftet. Doch am 22. Januar, am Tag nach Yus Verhaftung, wagten es mehr als zwanzig Dissidenten, trotz des Notstandsgesetzes eine spontane Protestdemonstration am Wohnort der Familie Yu zu veranstalten.

Heute sind unter den Oppositionellen überwiegend Politiker der jüngeren Generation. Im Vergleich

zu der älteren Generation, zu der Lei Zhen, Yu Zengfa u.a. zählten oder zählen, haben die jungen Dissidenten meistens zwar keine prächtigen Karrieren hinter sich oder üppige Finanzkraft, doch verfügen sie sowohl in der Taktik als auch in der Organisation über mehr politische Geschicklichkeit als die Politiker der älteren Generation. Sie arbeiten solidarischer und verstehen auch besser, die Masse zu mobilisieren. Außerdem wissen sie, wie man sich am besten auf die politischen Grenzen einstellt. So wollen sie kein politisches Tabu antasten, wie z.B. eine Diskussion über das Thema der Unabhängigkeit Taiwans oder die persönliche Kritik an Präsident Jiang Jingguo. Ihre Angriffe richten sich nur gegen das, was die Guomintang und die Regierung gegen die Gesetze, deren eigene politische Prinzipien oder die Menschenrechte getan hatten. Um der Regierung keinen Vorwand für den Vorwurf eines Verstoßes gegen das Notstandsgesetz zu geben, haben sie meist private Anlässe, wie z.B. Geburtstage oder andere Familienfeiern, für ihre politischen Zusammentreffen benutzt. Durch die Verbindung mit den taiwanesischen Dissidentenorganisationen im Ausland oder ausländischen Sympathisanten wurden zahlreiche, in Taiwan verbotene sozialpolitische kritische Literaturerzeugnisse in den USA nachgedruckt und weltweit verbreitet. Im Sommer des vorigen Jahres ereignete sich eine sehr spektakuläre Affäre. Eine junge Dissidentin namens Chen Ju wurde plötzlich von den Sicherheitsbehörden festgenommen. Sie war lange Zeit Privatsekretärin des z.Z. in den USA lebenden bekannten alten Oppositionellen Guo Yuxin und Chefredakteurin einer inzwischen verbotenen oppositionellen Zeitschrift. Die offizielle Begründung für ihre Verhaftung war, daß man in ihrer Wohnung Namenslisten "freigelassener Hochverräter", "reaktionäre und verbotene Dokumente und Zeitschriften" gefunden habe. Nachdem sie in einem Brief ihre Reue bekundet hatte, wurde sie freigelassen. Die Regierung stiftete ihr sogar noch eine große Besichtigungsreise in Taiwan und Quemoy. Doch einige Monate danach schloß sie sich der Front der Oppositionellen wieder an. Da sie nur 13 Tage in der Untersuchungshaft des Garnisonshauptquartiers verbracht hatte, wurde sie als der "glücklichste" politische Gefangene in Taiwan seit 30 Jahren bezeichnet (23). Das "Glück" war sicher mehr oder weniger ihrer "politischen Kunst" zuzuschreiben.

III. Dilemma der Guomintang-Regierung

Anläßlich seines Interviews mit Yu Dengfa beschreibt der Schriftsteller und gleichzeitige Dissident Wang Tuo das politische Klima in Taiwan so: "Seit 30 Jahren sind das politische System und die politische Umwelt unserer Gesellschaft sehr kurios; sie lassen sich weder mit den Verhältnissen in einer autoritären Diktatur noch mit denen in einer freien demokratischen Gesellschaft vergleichen. Wir haben sowohl das 30 Jahre lang ununterbrochen herrschende Notstandsgesetz als auch verschiedene Wahlen, die eigentlich nicht zum Notstandsgesetz passen; zwar wird die sogenannte Parteipolitik (hier ist wohl das Mehrparteiensystem gemeint - der Autor) betont, doch hat in Wirklichkeit allein die Guomintang die Herrschaft inne; obwohl die sogenannte Demokratie und rechtsstaatliche Regierung gerühmt werden, ist die Justiz noch immer nicht unabhängig, und die Meinung der

Guomindang steht auf allen Ebenen stets über der Regierung; im alltäglichen Leben gibt es zwar verschiedene Freiheiten, aber auch die sogenannte Pressezensur, welche die Meinungen und Gedanken der Menschen streng überwacht; zwar wurden verschiedene Wahlen durchgeführt, aber die Teilnahme der parteilosen Politiker an den Wahlen wurde verfolgt, als handele es sich um kriminelle Delikte wie Diebstahl oder Räuberei; ...all diese ungewöhnlichen Erscheinungen haben die einzigartige politische Form und Umwelt mitgestaltet." (24)

Die Ursache für diese Widersprüche, die Wang Tuo nicht genannt hat, besteht darin, daß sich die Guomindang seit dreißig Jahren in einem großen politischen Dilemma befindet. Nachdem die Guomindang-Regierung 1949 vom chinesischen Festland nach Taiwan geflüchtet war, verhängte sie über die Insel den Belagerungszustand. Um die Sympathie der Inselbewohner zu gewinnen, sah sie sich 1951 trotz der bedrückenden politischen Situation gezwungen, die "lokale Selbstverwaltung" einzuführen. Allerdings sind die von der Regierung genehmigten Wahlen auf die kommunale Ebene beschränkt. Auf der Provinzebene wird nur das Parlament gewählt. 1966 erhielt Taipei den Status einer "Yuanxiashi" (direkt dem Exekutivorgan unterstehende Stadt). Seitdem wird der Oberbürgermeister der Hauptstadt wie der Provinzgouverneur vom Exekutivorgan ernannt. Im kommenden August soll die zweite Großstadt Gaoxiong auch in eine "Yuanxiashi" umgewandelt werden, damit wird die lokale Selbstverwaltung noch ein Stück weiter eingengt.

Abgesehen von einigen winzigen Inseln wie Jinmen (Quemoy), Mazu (Matsu), Zongsha (Pratas) und Nansha (Spratly), auf denen noch nationalchinesische Truppen stationiert sind, hat die Republik China seit 30 Jahren praktisch nur noch eine Provinz, nämlich Taiwan. Dennoch steht über der Provinzial- noch eine Zentralregierung. Der Staatspräsident wurde bislang gemäß der Verfassung alle sechs Jahre neu gewählt, aber die Nationalversammlung, das Wahlgremium für die Präsidentschaftswahlen, ist bereits über dreißig Jahre alt. Sie wurde 1947 gewählt, als die Guomindang-Regierung noch ihren Sitz in Nanking und einen Großteil des chinesischen Festlandes unter ihrer Kontrolle hatte. Dreißig Jahre nicht erneuert wurden auch die beiden anderen nationalen Volksvertretungsorgane, das Legislativorgan und das Kontrollorgan. Die Anregung seitens der oppositionellen Politiker, das Staatsparlament neu zu wählen oder zusätzlich eine "Vierte Kammer" zu gründen, ist bisher stets auf die Ablehnung der Regierung gestoßen. Offiziell begründete man die Ablehnung mit dem Argument, daß das Staatsparlament, das man immer noch als eine Repräsentation des ganzen China betrachten möchte, nicht in einer Provinz Taiwan neu gewählt werden dürfe. In Wirklichkeit befürchtet die Guomindang vor allem, daß ihr bisheriges Machtmonopol durch neue Wahlen zwangsläufig nicht mehr zu halten sein könnte. Die Abgeordneten, die vor dreißig Jahren gewählt wurden und jetzt in Taiwan leben, sind allerdings durchschnittlich über 70 Jahre alt. In 5-10 Jahren werden alle drei nationalen Vertretungsorgane vom Aussterben bedroht sein. Um deren Funktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten, wurden 1969 und 1972/73 einige zusätzliche bzw. ergänzende Abgeordnete gewählt. Wie bereits erwähnt, hat die Regierung einerseits die ursprünglich für den 23. Dezember 1978 vorgesehenen Neuwahlen für die ergänzenden Abgeordneten auf unbestimmte Zeit verschoben, andererseits beschäf-

tigt man sich sowohl innerhalb der Guomindang als auch in der Regierung und der Öffentlichkeit nun wieder mit der Diskussion, wie man die Funktionen der höchsten Volksvertretungsorgane verstärken kann (25). Auch die Zeit kann die Zwangslage kaum heilen. Im Gegenteil - sie wird immer akuter werden.

Auch die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung sowie das allgemein steigende politische Bewußtsein dank der Erhöhung des Bildungsniveaus der Bevölkerung Taiwans machen eine Verbesserung der Politik immer dringlicher. Besonders nachdem sogar auf dem chinesischen Festland eine politische Liberalisierung eingeleitet wurde, darf Taiwan aus Gründen der Konkurrenz nicht ewig im Belagerungszustand bleiben. Außerdem ist Taiwan auch nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA wirtschaftlich wie militärisch weiter auf Washington angewiesen. Die USA sind der wichtigste Absatzmarkt Taiwans, und die Amerikaner nehmen unter den ausländischen Investoren in Taiwan die erste Stelle ein. In dem neuen Gesetz, das die inoffiziellen Beziehungen der USA zu Taiwan regelt, hat der US-Kongreß von sich aus in § 2 B des Regierungsentwurfs eine Sicherheitsklausel für Taiwan verankert, in der die Lieferung defensiver Waffen an Taiwan durch Washington sowie die amerikanische Unterstützung für eine friedliche Lösung des Taiwanproblems zum Ausdruck gebracht werden. Im letzten Satz desselben Artikels wird das Interesse der USA an den Menschenrechten der Bevölkerung in Taiwan bekräftigt. Das Gesetz wird auch mit dem Ziel der USA verknüpft, die Menschenrechte für alle Einwohner in Taiwan zu verteidigen und zu erhöhen (26).

Auffälligerweise wurde das Urteil gegen Yu Dengfa erst am 16. April bekanntgegeben, d.h. sechs Tage nach der Unterzeichnung des genannten Taiwan-Gesetzes durch Präsident Carter am 10. April. Am Tag der Bekanntgabe des Urteils gegen Yu hatte das neue "Amerikanische Institut in Taiwan", das die US-Botschaft in Taiwan ersetzt, gerade mit seiner Arbeit begonnen. Laut § 303 des Strafprozeßgesetzes der Republik China muß die Bekanntgabe des Urteils eigentlich innerhalb von sieben Tagen nach Abschluß der Verhandlung (9. März 1979) erfolgen. Die lange Verzögerung ist offenbar auf die Befürchtung zurückzuführen, daß das Urteil gegen Yu die letzte Entscheidung Washingtons über seine neuen Beziehungen zu Taiwan negativ hätte beeinflussen können.

Anmerkungen:

- 1) Dazu s.Ü 56 in diesem Heft von C.a.
- 2) ZYRB und LHB, 17.12.78.
- 3) Dazu s. Yu-Hsi Nieh, "Die Wahlen in Taiwan", C.a., Februar 1978, S.64 ff.
- 4) Guo Haiping, "Der Patriarch der 'Schwarzen Sekte' auf der lokalen politischen Bühne von Gaoxiong - die politische Karriere des Yu Dengfa", SBZK, 4.2.79, S.24; Huo Quji, "Yu Dengfa, eine einflußreiche Persönlichkeit von Taiwan", Qishiniandai (The Seventies), 1979, Nr.3, S.45.
- 5) Wang Tuo, "Dang-wai de Shengyin" (Stimmen außerhalb der Partei), Taipei 1978, S.19 ff.
- 6) Ebenda, S.21 und 37.
- 7) S. dazu Helmut Martin, "Friedliche 'Wiedervereinigung' statt militärischer 'Befreiung': Peking umwirbt Taiwan mit neuen Methoden", C.a., Februar 1979, S.128 ff.; vgl. auch C.a., Januar